

Waisenhause...
Hauptstadt...
Hauptstadt...
Hauptstadt...

Dresdner Nachrichten

Hugo Borack
Hauptstadt, Seestraße 1
Ball-Strümpfe
Kragen
Shawls
Handschuhe
Überschuhe
Tricots für Costüme.
Unterröcke.

Wegen vollständiger Aufgabe der
Tuch-Handlung Schreiberstraße 2
alle Preise ganz bedeutend herab-
gesetzt, theils unter Kostenpreisen.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden

42. Jahrgang.

Weihnachts-Neuheiten
in
Phogr.-Albums, Damentaschen, Portefeuillewaaren
empfehlen in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

„Invalidendank“
Dresden, Seestraße 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expeditur für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Emission-Kontrollen aller Staats-
IV. Kollekturen der Reichs-Landeslotterien.

Farbenkasten,
Aquarell- und Oel-Farben in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant,
Altstadt: Marienstraße 10 und Amalienstraße 18.
Neustadt: Heinrichstraße (Stadt-Girthe).

Waisenhausstrasse 34. L. Weidig. Waisenhausstrasse 34.
Wegen vorgerückter Saison verkaufe ich mein grosses Lager eleganter garnirter Damenhüte jeden Genres zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

Nr. 344. Spiegel: Petroleummonopol, Hofnachrichten, Beurlaubt u. Gefährlichkeitswerke, Kämpferpostfakt, Mathematische Witterung, Sonntags, 12. Dezember 1897.

Politisches.
Die drohende Monopolisirung des deutschen Petroleumhandels durch die amerikanische Standard Oil Company ist von so hervorragender volkswirtschaftlicher Tragweite, daß es durchaus gerechtfertigt war, im Reichstage der Vorberatung der Marinevorlage unmittelbar die Erörterung der Frage anzuschließen, welche Mittel im Kampf gegen das Petroleummonopol anzuwenden sind. Schon allein aus der Thatsache, daß der Petroleumzoll die wichtigste Einnahme des Reiches ist, erhellt die Bedeutung, die das Petroleum in unserem wirtschaftlichen Leben besitzt. Besonders schwer fällt ins Gewicht, daß das Petroleum für den sog. „kleinen Mann“, für den Mittel-, Kleinbürger- und Arbeiterstand, fast die ausschließliche Lichtquelle bildet, dessen erhebliche Verschönerung eine jährliche Verbrauchsabgabe von vielen Millionen Mark ergeben könnte, die in der Hauptsache in die Taschen der Amerikaner fließen würde. Von dem auf 60 Millionen Mark berechneten Werthe der deutschen Petroleumzufuhr im letzten Rechnungsjahr (1896) entfielen 25 Millionen allein auf die Zufuhren aus Nordamerika. Dazu kommt, daß dieser Weltmarktartikel für den Haushalt des größten Theils unserer Bevölkerung zur Zeit noch als unentbehrlich angesehen werden muß. Eine Preissteigerung von nur einem Pfennig pro Liter würde auf den deutschen Konsum eine Mehrbelastung von etwa 7 Millionen Mark ausmachen. Man kann hieraus ersehen, welche Summen das deutsche Volk der Spekulationen der Herren Rockefeller und Genossen zahlen müßte, wenn unser Petroleumkonsum auf deren Gnade oder Ungnade angewiesen wäre.

Angesichts dieser Gefahren begreift man kaum, daß es bei uns noch immer Leute giebt, die an der manchesterlichen Doktrin festhalten, daß jeder Eingriff des Staates in die Freiheit des Handels zu verwerfen sei. Der freihändlerische Abg. Barth hat im Reichstage vor getriebenen Wahrsagen; man solle zunächst ruhig und vertrauensvoll abwarten, bis das Vaterland wirklich in Gefahr sei. Er traut dem Herrn Rockefeller nicht zu, daß er sein Monopol zum Schaden der deutschen Konsumenten ausbeuten könne. Er glaubte die drohende unermessliche Schädigung des deutschen Volkswohlfandes durch die amerikanische Monopolisirung nicht besser illustriren zu können, als daß er ein kräftiges Loblied auf die Leitung der Standard Oil Company anstimmte, die er eine „geradezu musterhafte“ nannte. Rockefeller soll so klug sein, daß er stets darauf bedacht sein werde, den Petroleumpreis möglichst niedrig zu halten, damit die Konsumenten nicht gegen ihn rebellisch werden. Allerdings haben sich bisher die Preise für Petroleum fortgesetzt zu Gunsten des deutschen Konsumenten in absteigender Linie bewegt. Aber die Dankes sind eben noch weit klügere Leute, als Herr Barth in seiner naiven Vertrauensseligkeit zu erweisen vermag; sie werden erst dann in nächstfolgender Weise vorgehen, wenn die Stunde hierfür schlagen wird, d. h. wenn sie wirklich die Macht besitzen, die Preise den deutschen Konsumenten zu diktieren, ohne daß diese noch in der Lage sind, gegen sie rebellisch zu werden. Sie bauen darauf, daß der Rath des Abg. Barth, ruhig abzuwarten, in Deutschland befolgt wird, um inzwischen ihre monopolisirenden Bestrebungen zu durchzuführen, daß nichts mehr dagegen anzurichten ist. Selbst in dem Gutachten, das die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft, die dem Abg. Barth in ihren politischen Ansichten doch sehr nahe stehen, über die Frage des Petroleummonopols dem preussischen Handelsminister erstattet haben, ist der Verzicht auf eine rücksichtslose Ausbeutung der deutschen Konsumenten durch die Standard Oil Company Ausdruck gegeben. Die Leiter dieser internationalen Gesellschaft, wurde dort gelobt, dürften wenig geneigt sein, der öffentlichen Kritik in Deutschland, für welche sie kaum erreichbar seien, einen sorgfältigen Einfluß bei der Verfolgung ihrer Ziele einzuräumen. Der Abg. Barth hat überdies mit seinem Determinismus den Amerikanern gegenüber so traurige Erfahrungen gemacht, daß er bestrebt sein sollte, sich ein wenig von der Klugheit seiner nordamerikanischen Vorbilder anzueignen. Als der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten in Aussicht stand, da gab der freihändlerische Manchestermann dieselbe Weisheit zum Besten, die er jetzt als bestes Rezept gegen das Petroleummonopol empfohlen hat. Er warnte so nachdrücklich wie möglich davor, etwa durch Erhöhungen mit Gegenmaßnahmen die Hochfluth der Schutzpolitik in Nordamerika einzudämmen, wie heute sollte man auch damals ruhig den kommenden Ereignissen in's Auge sehen. Die Nordamerikaner haben daraus die richtige Folgerung gezogen, daß sie ohne Furcht vor deutschen Gegenmaßnahmen ihre neue Zollpolitik zur Ausführung bringen dürfen. Wenn die Manchesterleute nicht die Eigenschaft besäßen, ihre Bekanntschaft für jede Befehrsung absolut unzugänglich zu machen, so müßte der Abg. Barth zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß das vertrauensvolle Abwarten und gutmüthige Stillhalten gegenüber dem brutal rücksichtslosen Egoismus der Amerikaner nicht mehr am Platze ist, sondern daß es noth thut, mit den Dankes einmal ein deutliches Wort zu reden und zwar nicht ein bescheidenes, sondern ein so energisches, daß sie sich bewußt werden müßten, daß wir ihnen gegenüber nicht länger Luft haben, die Rolle des gedulden Genußmenschen in wirtschaftlichen Fragen zu spielen.

zuwarten, bis es zu spät ist, ein Mittel der Abwehr treffen zu können. Er hat erklärt, daß sofort und rücksichtslos alle Mittel, die vorhanden sind, gebraucht werden sollen, wenn die Standard Oil Company dazu übergehen sollte, die Preise des Petroleums in einer unbilligen Weise zu erhöhen. Der eine Weg der Abwehr der amerikanischen Monopolisirung besteht in der Begünstigung des russischen Petroleums. Unter allen Umständen sollte das russische Petroleum mehr als bisher zur Versorgung des deutschen Marktes herangezogen werden; in den letzten Jahren kamen nur noch wenige Prozent der deutschen Petroleumzufuhr aus Rußland. Die Befürchtung, daß es hauptsächlich zu einem Weltmonopol in Petroleum kommen könne, indem Rußland und Amerika in Bezug auf die Versorgung mit Petroleum ein Kartell abschließen, scheint nach den Erklärungen des Grafen Polabowsky nicht mehr begründet zu sein. Dieser theilt mit, daß er über die Frage der Anfin zwischen amerikanischen und russischen Petroleum-Produzenten besonders eingehend und lange mit ihrem Rathe verhandelt habe, der darüber am allerbesten orientirt sein muß, und dieser Finanzminister hätte gelobt, eine solche Anfin würde nicht stattfinden. Die Regierung hat auch bereits Schritte gethan, um eine Verabreichung des russischen Petroleums vor dem amerikanischen anzubahnen. Es ist ein Ausnahmestück für die Verbesserung von raffiniertem russischen Petroleum in Kraft getreten, und demnach sollen sogar hierfür die billigen Tarife für Rohprodukte eingeführt werden, die es überhaupt giebt. Das sicherste und beste Mittel zur Bekämpfung des amerikanischen Petroleummonopols würde freilich sein, wenn Deutschland im Stande wäre, das Petroleum durch einen Leuchtstoff zu ersetzen, den es selbst produziert. Vor Allem kommt hier der Spiritus als Leuchtstoff in Frage. Wenn jetzt der Liter Petroleum den Preis von 20 Pf. hat und der Liter 100prozentiger Spiritus zu 26 Pf. gekostet werden könnte, so würde nach einem sachverständigen Gutachten, das dem Staatssekretär des Innern abgegeben worden ist, der Spiritus mit dem Petroleum konkurriren können. Zur Zeit ist allerdings unsere Landwirthschaft nicht in der Lage, den Spiritus zu so hoher Preise als Leuchtmittel herzustellen. Je mehr sich aber der Preis des Petroleums erhöhen würde, um so größer würde die Wahrscheinlichkeit, daß der deutsche Spiritus in eine erfolgreiche Konkurrenz mit dem amerikanischen Petroleum treten könnte. Auch werden zur Zeit bereits Spirituslampen konstruirt, die vollkommen explosionsicher sind und allen Anforderungen des häuslichen Bedarfs genügen; nur sind diese Lampen bei dem gegenwärtigen verhältnismäßig geringen Gebrauch noch zu theuer, weil der Umfang der Produktion nicht groß genug ist. Würde der Spiritus mehr als bisher als Leuchtstoff verwendet werden, so würde auch die Produktion desselben wie der Leuchtstoff eine wesentlich billigere werden. Mit jedem Pfennig der Erzeugung der amerikanischen Petroleumpreise wächst also die Wichtigkeit für die deutsche Landwirthschaft, mit ihrem Spiritus den Wettbewerb mit dem amerikanischen Petroleum anzunehmen. Das wäre in der That, wie Graf Polabowsky bemerkte, vielleicht der glücklichste Beitrag zur Lösung der Agrarfrage.

Kernschreib- und Kernspiegel-Berichte vom 11. Dezember.

Berlin, Reichstag. Das Haus genehmigt debattellös einen ablehnenden Antrag Auer auf Einstellung eines gegen den Abg. Horn (Soz.) bei dem Königl. Landgericht zu Dresden schwebenden Strafverfahrens und legt dann die erste Lesung des Etats fort. — Abg. Rippen (Centr.): Durchaus befreit haben mich die geistigen Erklärungen des Staatssekretärs betr. die Fragen der Zurechnungsprinzipien und der Zollausmittlungen. Er hat überaus klar und bestimmt geäußert, daß der Reichstag einer höheren Schuldentilgung als je gegenwärtig vorgegeben war, früher niemals zustimmt habe. Bei der jetzigen von uns abgelehnten Finanzreformvorlage hat die Schuldentilgungsfrage nur eine Nebenrolle gespielt. Der Herr Staatssekretär hat ausgesagt, er würde uns sehr gern eine höhere Schuldentilgung vorschlagen, vorausgesetzt, daß wir auch darin willigen, daß in weniger günstigen Jahren auch eine Erhöhung der Materialbehalte nicht stattfinden sollte. Sollte sich das zu einer Vorlage verdichten, so würde dies ganz sicher auf unseren Widerstand stoßen. Das System der Materialumlagen wollen wir nicht beibehalten wissen, denn es schließt uns vor Allem gegen neue Steuern bei vorübergehender Verschlechterung der Finanzlage. Die Materialumlagen sind das einzige Aergnis, das die Finanzminister der Einzelstaaten bestimmen, auf die Finanzwirthschaft ein Auge zu haben. Jede frühere Finanzreform trägt daher auch einen ganz hervorragenden materialwirtschaftlichen Charakter, einen weit ausgeprägteren als selbst der Gedanke eines bawilligen höchsten Gerichtshofs für Militärstrafprozesse. Redner konstatiert sodann, daß das Centrum durchaus eine Verständigung über die Marinevorlage wünsche, verlangt bei den lokalen Forderungen eine sorgfältige Prüfung der Kosten der Wiandam-Bahn und des Swalpermund-Patens und erklärt, die vom Grafen Polabowsky-Sturim bei den Marinegeheimräthen gefundene Auswertung, daß das Aussehen Deutschlands im Ausland gesunken sei, für unangebracht in einem Augenblick, wo wir uns in Opposition große Interessen auf dem Spiele stehen, und für unrichtig gegenüber der Thatsache, daß Deutschlands Stimme z. B. bei der griechischen Frage sehr ins Gewicht gefallen ist. Deutschlands Bedenken ist es, wenn eine internationale Schuldentilgungskommission eingesetzt und damit den deutschen Gläubigern Gerechtigkeit die Aussicht eröffnet ist, zu ihrem Gelde zu kommen. Redner äußert, besonders Verwirrung über die Vertheilung der Unterbilanz für die Hochseefischer und für die Sanitätskolonnen der Armee, weiter über die warme Abendloft. Den Herrn Reichsminister müßte er fragen, ob die Kabinetsordre über das Duell schon erhebliche Wirkungen gezeigt habe. Das Duell ist die bewusste freiwillige Negation des Reichsgesetzes und ist nicht anders zu beurtheilen als die Negation des Privat-eigentums. Nicht aus dem Mittelalter haben wir das Duell be-

kommen, sondern aus der fruchtbarsten und vornehmsten Zeit der französischen Gesellschaft. Vor Allem müßten wir verlangen, daß die Offiziere, welche ihren Glauben, ihren Ehren, ihren Namen, das Duell abzulegen, nicht aus der Armer ausgeschlossen werden und ebenso unerschütterlich ist es, daß junge Leute, welche sich neben dem Abonnement betraut, werden, wie sie zum Duell gehen und eventuell nicht angenommen werden. Daher kommt es, daß ganze Gesellschaften ihnen darum gegenüberstellen, was sehr zu bedauern ist. (Beifall.) Wesentlich wird der Chef des Postbüros seine Reformen unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen durchzuführen können; möge er auch für geordnete Sonntagserhe der Beamten und auf eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten bedacht sei. Der Erhöhung der Repräsentationsausgaben des Reichsanwaltes kann man zustimmen, man weiß, daß die Ausgaben nicht für die Perion, sondern für das Amt gestellt werden und daß die Kosten vorher sind, da parlamentarische Sätze genügt, wenn einmal Abgeordnete eingeladen wurden. (Beifall.) Im Allgemeinen ist größtmögliche Sparmaßstäbe geboten. Weib doch Niemand, ob nicht die jetzige Blüthe des wirtschaftlichen Lebens und demgemäß auch der Reichseinnahmen bereits am Anfang des Niederganges stehen. Feinesfalls dürfe man neue indirekte Steuern zu Lasten der niederen Wohlhabenden in's Auge fassen, aber auch eine direkte Reichseinkommensteuer sei unüberwindlich. Das Rehe uns also bevor, wenn wir nicht inpariam non? Entweder Erhöhung der Materialbehalte oder neue Steuern. Er möchte daher um so mehr zu sparsamer Wirtschaft, als auch gerade für den Kriegsfall gute Finanzen von größter Wichtigkeit sind. (Beifall.) — Kriegsminister v. Böckler: Der allerhöchste Herrscher ist befreit, die Quelle im Her in viel als irgend möglich verringert zu sehen. Niemand, der Offizier wird, wird verlangt, wie er über das Duell denkt. Darüber bestehen ganz bestimmte Grundsätze. Kommen Fälle vor, wo dem entgegengehend werde, so brauchen diese nur an entsprechender Stelle zur Sprache gebracht werden. Die Kabinetsordre betr. das Duellmessen hat ausserordentliche Wirkung gehabt, es sind seitdem überhaupt nur zwei Duellfälle unter den aktiven Offizieren bekannt geworden. In beiden Fällen liegt eine schwere Verletzung der höchsten Ehre vor; in solchen Fällen muß es dem Betreffenden überlassen werden, welche Schritte er thun will, er muß ja auch mit seinem Leben haften. In einer ganzen Reihe von Fällen muß der Minister unbedingt sein Leben für seine Ehre einsetzen. Ich gebe zu, daß das Duell strafbar ist, meine persönliche Ansicht ist die, daß es nicht nur Willkür des Offiziers, sondern jedes gebildeten Mannes ist, die gute Seite zu wählen und wenn man im Meer und auch sonst die Ehre eines Anderen ebenso leicht wie die eigene, so werden solche Streitigkeiten von selbst verhandelt. — Abg. v. Leiziger (son.) spricht seine Genugthuung darüber aus, daß bei den Kolonialaufgaben jetzt mehr die wirtschaftliche Einwirkung der Schutzgebiete in's Auge gefasst werde. Redner wendet sich angesichts der Erörterungen mit dem Norddeutschen gegen die Projekt großer Binnenlands-Roaden, durch welche die Landwirthschaft benachteiligt werde, äußert seine Verwirrung über die Berücksichtigung mehrerer Bänder des Reichstags, traut sich über die höheren Einkommen beim Militärstand zum Zweck der Verbesserung der Mannschafsstärke und tritt dann der Annahme entgegen, daß sich aus der höheren Einstellung für die Getreide- und Futterkosten auf eine Verbesserung der Lage der Landwirthschaft schließen lasse, die leider noch fortgesetzt unter dem niedrigen Getreidepreisen. Redner stimmt dem Grafen Polabowsky-Sturim zu, daß unter dem Nachfolger Bismarck's das Ansehen Deutschlands getrübt habe. Werden die Grundsätze des jetzigen Reichsanwaltes und des jetzigen Staatssekretärs des Auswärtigen in Geltung bleiben, dann würde sich das Ansehen des Reiches wieder heben; beide seien zu ihren Posten in's Amt und Pflicht zu beglückwünschen. Redner erklärt sich dann mit dem Grafen im Wesentlichen einverstanden und spricht sein Vertrauen zu den jetzigen leitenden Männern auch in Bezug auf die jetzt schon angebahnte Revision der Handelsverträge aus, die im Interesse der Landwirthschaft durchaus nötig sei. Trübend ist die Beibehaltung resp. Einschränkung der Tarifstufen und Zollrechte für Getreide im Interesse der nationalen Arbeit. Der jeweilige Getreide-fernhandel an der Weite werde von den Landwirthten keineswegs beklagt, wie das Abg. Richter behauptet. Die Preisbewegung ist jetzt eine viel gleichmäßigere als früher. Bei dem Marine-Etat erwähnt Redner den Untergang des Torpedoboots „S 37“ mit seinem heldenmüthigen Führer und einem großen Theil der Mannschaf, welche in der Erfüllung ihrer patriotischen Pflichten im Kampfe mit den Elementen als echte Helden den Tod in den Wellen gefunden hätten. Um sie trauert das ganze Reich. (Beifall.) — Abg. v. Beth (Soz.): Das die durch abgelehnte Erklärung des Kriegsministers nicht gerade der Beifall des Hauses gefunden hat, wird er wohl selbst gefühlt haben. Der Herr Minister sollte zum Schluss: Wahre Ehre ist die Ehre des Anderen. Der Herr Minister kennt wohl auch die Reden, in denen wir vaterlandsliebe Gesellen und Krieger von Weichen genannt worden sind. Möge also der Herr Minister auch seinen Entzug aufweisen, daß solche Aeußerungen gegen uns nicht wieder vorkommen. Die Thronrede malt die Finanzlage so; aber der Höhepunkt der jüngsten Konjunktur ist überschritten; wir gehen einer wirtschaftlichen Depression entgegen. Es werden Arbeitsentlassungen nötig werden und Stellen herbeizubringen. Die Marinestände kommen zunächst den bestehenden Stellen zu Gute. (Beifall.) Den Arbeitern doch auch! Sollten sie die Kosten aus eigener Tasche aufbringen, so würden wir aus ihrem Munde das schärfste Urtheil über den Militarismus und Marinismus hören. Seit zehn Jahren haben sich die Militär- und Marine-Ausgaben auf den enormen Betrag von etwa 7 Milliarden Mark belaufen. Nicht zu bezweifeln ist es, wie das Centrum in der Giontage eine so vollständige Frontveränderung vornehmen konnte, wie wir sie in der Ueberlichen Rede erfahren haben. In der Marine bereiten sich so viele Neuerungen vor, daß gerade der gegenwärtige Zeitpunkt für eine umfangreichere Fiontermederung der denkbar unangelegnet ist. Wie soll das Volk neben der gewaltigen Militärausgaben auch die Marine-Ausgaben noch tragen? Ob glaube nicht, daß der nächste Krieg wieder so glücklich ausgehen wird wie die von 1866 und 1870. Wir werden unsere Kriegskosten, allein tragen müssen. Satt und Götze beweisen gerade, daß unsere Flotte stark genug ist. Wie wenig Bedeutung die Marine für ein Land hat, das keine ganze Kraft auf die Erhaltung der Armeen verwenden muß, haben wir 1870 an Frankreich gesehen, das nach dem ersten Niederlagen der Armee die Flotte nach den Häfen zurückbeordnete. Statt der Ausgaben für die Kolonien müßte man die Ausgaben für die innere Kolonisation erhöhen. Durch die Ueberschwemmungen sind entsetzliche Zustände ge-

Mitte
Ston
Triumph-Seife
In Bad Me
— beide Me
für Körper
und Haushalt